

Initiativen der KPÖ

Gemeinderatssitzung am 25.04.2024

Fragen	
Umsetzung von Fair Pay im Kulturbereich in Graz	Sahar Mohsenzada
Jugendzentrumsinitiative	Simon Gostentschnigg
Ausweitung der Bücherbuszeiten in Straßgang	Kurt Luttenberger
Dringliche Anträge	
Amtliche Preisregulierungen auf Güter des täglichen Bedarfs	Max Zirngast

**Abänderungsantrag zum Dringlichen Antrag der ÖVP
„Masterplan – Sicherheit in Grazer Bädern“**

Max Zirngast

Gemeinderätin Mag.a Sahar Mohsenzada

Dienstag, 23. April 2024

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 25. April 2024

An Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler

Betrifft: Umsetzung von Fair Pay im Kulturbereich in Graz

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

Unterbezahlung und Selbstausbeutung sind im Kulturbetrieb leider Gang und Gäbe – ein Misstand, dem die Grazer Stadtregierung aus KPÖ, Grünen und SPÖ von Beginn an den Kampf angesagt hat.

Bereits im Koalitionsprogramm 2021 haben die drei Parteien Fair Pay festgeschrieben.

Trotz angespannter Finanzlage waren die Mittel dafür im Grazer Stadtbudget schon für 2023 reserviert und sind es auch heuer.

Sie als Kulturstadtrat wurden mit der Erarbeitung eines Modells beauftragt und wollten es, wie Sie hier schon einmal erklärt haben im Gleichschritt mit Kulturlandesrat und Landeshauptmann Christopher Drexler vorlegen.

Nach einer umfassenden Befragung von Beschäftigten und Selbstständigen im Kulturbetrieb sind nun Monate ins Land gezogen. Erhebungen zeigen, dass sie 18 Prozent zu wenig verdienen.

Die Stadt Graz hat sich nicht nur zu Fair Pay bekannt, sondern auch Gelder reserviert, aber das Land Steiermark ist – trotz umfassender Erhebungen – nicht in der Lage, ein taugliches Modell vorzulegen.

Die freie Szene schlägt nun Alarm. Sie fühlt sich vertröstet. Ein Bericht in der Kleinen Zeitung hat für Ernüchterung gesorgt. Dass die Umsetzung vom Land auf die lange Bank geschoben wird, ist für viele ein Schlag ins Gesicht.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich Ihnen daher folgende

Frage

Gedenken Sie, nach Möglichkeiten der eigenständigen Umsetzung des Fair-Pay-Prozesses zu suchen, wenn das Land Steiermark weiterhin säumig bleibt?



8011 Graz, Rathaus, Zimmer 236–239

Tel.: + 43 (0) 316 / 872-2151
Fax: + 43 (0) 316 / 872-2159
E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Simon Gostentschnigg

Dienstag, 23. April 2024

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 25. April 2024

An Herrn Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Betrifft: **Jugendzentrumsoffensive**

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

„Die Stadt Graz startet eine Offensive für die Jugendzentren“ wurde in einem Artikel in der *Woche* vom 10. April angekündigt. „Für Jugendliche wird die Stadt auf Instagram setzen, für Eltern eher auf Zeitungen und Facebook. Dazu kommen Bim- und Busplakate“, heißt es darin.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich Ihnen diesbezüglich folgende

Frage

Können Sie dem Gemeinderat eine Übersicht über die geplanten Werbemaßnahmen im Zuge der Jugendzentrumsoffensive inkl. einer Aufschlüsselung nach Medium und Kosten geben?

Gemeinderat Kurt Luttenberger

Dienstag, 23. April 2024

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 25. April 2024

An Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler

Betrifft: Ausweitung der Bücherbuszeiten in Straßgang

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

Seit geraumer Zeit hält in der Straßganger Green City, 2a, Mittwochs alle vierzehn Tage, von 13.00 bis 15.00 unser Bücherbus. Dieses Service ist sehr positiv zu sehen und wird – lt. Auskunft der verantwortlichen Personen – der Zeit und dem Ort entsprechend gut genutzt. Der Nachteil eines Bücherbusses ist aber, dass er nicht barrierefrei und auch der Zeitrahmen, z.B. für berufstätige Personen, nicht leicht zu nutzen ist.

Der Bezirk Straßgang gehört in unserer Stadt zu den bevölkerungsmäßig rasch wachsenden städtischen Regionen. Die nächsten „fixen“ Zweigstellen der Stadtbibliothek sind zwar mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen und, abgesehen vom erhöhten Zeitaufwand, muss jedoch mindestens einmal umgestiegen werden.

Um das Angebot einem breiteren Publikum zugänglich zu machen, stelle ich Ihnen, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs diesbezüglich folgende

Frage

Sind sie bereit zu prüfen, wie die Zeiten des Bücherbusses in Straßgang ausgeweitet oder gegebenenfalls auch anders gelegt werden können, damit auch arbeitende Menschen das Angebot besser nutzen können?

Gemeinderat Max Zirngast

Donnerstag, 25. April 2024

Antrag zur dringlichen Behandlung (gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Amtliche Preisregulierungen auf Güter des täglichen Bedarfs

Wir alle spüren die massive Teuerung, vor allem seit 2022, im Alltag enorm. Auch wenn die Spitzen der Inflation der Jahre 2022 und 2023 im Moment nicht erreicht werden und die Inflationsrate sinkt, so wird das Leben dennoch nicht billiger. Eine geringere Inflationsrate bedeutet ja schließlich nur, dass die Preise weniger stark steigen.

Bemerkenswert ist, dass laut Statistik Austria die Preise in Österreich im Jahresvergleich im März um 4,1 Prozent angestiegen sind. Damit liegt Österreich in Punkto Inflation noch immer im europäischen Spitzenfeld. Nur in Rumänien und Kroatien ist die Inflationsrate noch höher, während die durchschnittliche Teuerung in der EU bei 2,4 Prozent liegt. Besonders bitter ist, dass die wichtigen Bereiche Wohnen und Energie sich für die Bevölkerung um weitere 4,2 Prozent verteuert haben. Für Nahrungsmittel zahlt man um 3,4 Prozent mehr.

Die Ursache der massiven Teuerung seit 2022 ist nicht die sogenannte Lohn-Preis-Spirale, denn Lohnerhöhungen folgen nur den gestiegenen Preisen. Die Ursachen waren Unterbrechungen in den globalen Lieferketten durch Pandemie und später den Krieg Russlands gegen die Ukraine und die Möglichkeit von Konzernen mit monopolistischer Macht Preise zu erhöhen, um die Profitraten zu steigern. (https://ooe.arbeiterkammer.at/service/presse/PKU_2023-10-02_Profitgetriebene-Inflation.pdf)

Der diesjährige Oxfam-Bericht (<https://www.oxfam.de/system/files/documents/bp-inequality-inc-150124-eng.pdf>) zeigt nicht nur eine enorme Ungleichheit bei Vermögen auf, er arbeitet vor allem auch die Monopolisierungstendenzen der letzten Jahrzehnte heraus.

So kontrollierten zum Beispiel 1997 zehn Konzerne 40 Prozent des weltweiten Marktes an Saatgut - heute kontrollieren zwei Konzerne 40 Prozent desselben Marktes. In den letzten zwei Jahrzehnten sind 60 große Pharmakonzerne zu nur mehr zehn fusioniert, die den weltweiten Markt kontrollieren, 90 Prozent der Onlinesuchen passieren über Google.

Mit der Monopolisierung und der Internationalisierung der Produktion verschiebt sich das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital stark in Richtung Kapital. Es gibt einen enormen Druck auf die Arbeit, die in eine Abwärtsspirale gezogen wird. Die Reallohnentwicklung der letzten Jahrzehnte zeigt das sehr deutlich (z.B.: https://ooe.arbeiterkammer.at/service/broschuerenundratgeber/steuerundeinkommen/B_2018_Einkommensverteilung_Fakten_PK.pdf)

Denn trotz massiv gestiegener Produktivität (38 Prozent/Arbeitsstunde von 1997 bis 2022) sind die Löhne in Österreich deutlich geringer gestiegen (die von Unternehmen bezahlten Arbeitskosten sind im selben Zeitraum nur 20,6 Prozent gestiegen). Von der gestiegenen Produktivität profitieren also die Unternehmen. (https://ooe.arbeiterkammer.at/service/presse/PKU_2023-10-02_Profitgetriebene-Inflation.pdf, S.4)

Nur so erklärt sich auch, dass die Superreichen in den letzten Jahren der Polykrise noch reicher wurden und die Ungleichheit bei Vermögen massiv gewachsen ist.

Der Oxfam-Bericht fasst die wesentlichen Ergebnisse in dieser Hinsicht so zusammen:

- *Die fünf reichsten Männer der Welt haben ihr Vermögen seit 2020 von 405 Milliarden US-Dollar auf 869 Milliarden US-Dollar mehr als verdoppelt.*
- *Alle Milliardär:innen zusammen sind heute um 3,3 Billionen US-Dollar (34 Prozent) reicher als 2020. Ihr Vermögen wuchs damit dreimal so schnell wie die Inflationsrate.*
- *Fast fünf (4,77) Milliarden Menschen, die ärmsten 60 Prozent der Menschheit, haben seit 2020 zusammen 20 Milliarden US-Dollar Vermögen verloren.*
- *Das Gesamtvermögen der fünf reichsten Deutschen ist seit 2020 inflationsbereinigt um rund drei Viertel (73,85 Prozent) gewachsen, von etwa 89 auf etwa 155 Milliarden US-Dollar. (<https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/bericht-soziale-ungleichheit-2024>)*

Diese gesamte Entwicklung lässt also nur den Schluss zu, dass es höchste Zeit ist, dieser Tendenz entgegenzusteuern. Selbstverständlich braucht es dafür eine grundlegende Veränderung der Art und Weise wie in unserer Gesellschaft produziert wird. Wesentliche Bereiche der Grundversorgung (Energie, Nahrungsmittel, Wohnen) sind der gesellschaftlichen Kontrolle zum größten Teil entzogen. Nur wenn wir als Gesellschaft darüber entscheiden können wie und in wessen Interesse wir Wirtschaft gestalten wollen, kann den aktuellen Krisentendenzen (inklusive der ökologischen Krise) aktiv entgegengewirkt werden. Preisregulierungen und aktive Besteuerung von Vermögen und Übergewinnen – insbesondere Gewinnabschöpfungen bei den Profiteuren der Teuerungskrise wie z.B. Energiekonzernen – wären ein erster Schritt.

Wirtschaftsminister Kocher könnte amtliche Preisregulierungen auf Güter des täglichen Bedarfs einsetzen um zur Entlastung der Bevölkerung beizutragen und zu verhindern, dass monopolistische oder oligopolistische Konzernstrukturen Profite auf Kosten der großen Mehrheit der Bevölkerung machen. Das war im Übrigen in Österreich vor wenigen

Jahrzehnten auch noch ein übliches Mittel, in vielen europäischen Ländern wird es noch heute eingesetzt. Im Sinne des Motiventextes fordern wir genau das auch ein.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Bundesminister Martin Kocher wird aufgefordert Steuerungsinstrumente zu nutzen und mit amtlichen Preisregulierungen wesentliche Güter des täglichen Bedarfs zu regulieren und somit das Leben für die große Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere Menschen mit geringeren Einkommen, wieder leistbar zu machen.

Gemeinderat Max Zirngast

Donnerstag, 25. April 2024

**Abänderungsantrag zum Dringlichen Antrag der ÖVP
„Masterplan – Sicherheit in Grazer Bädern“**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

selbstverständlich ist uns die Sicherheit und das Wohlbefinden unserer Gäste in den Grazer Bädern ein wichtiges Anliegen. Wir vertrauen bei der Konzepterstellung der Holding Graz und anderen Expertinnen und Experten die wir im Zuge der Konzepterstellung noch hinzuziehen werden und wollen diesen keine Ergebnis-Vorgaben machen.

Namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ Graz stelle ich folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Beteiligungsstadtrat Manfred Eber wird ersucht, bis Anfang Juni 2024 ein umfangreiches Sicherheitskonzept zu erarbeiten und in einer Sitzung der Stadtregierung vorzustellen, das auf den bisherigen Erfahrungen mit Störer:innen, Täter:innen und Täter:innengruppen und den angezeigten Vorfällen und Problemfeldern basiert.